

ORA ET  
LABORA

Bete und  
Arbeite!

# St. Peters Bote

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

No. 7  
27. Jahrgang

Münster, East., Donnerstag, den 27. März 1930

Fortlaufende  
No. 1330

U. I. O. G. D.

Auf daß in  
Allem Gott  
verherrlicht  
werde

## Weiteres über die Schulfrage in Saskatchewan

In den Legislatursitzungen zu Regina wurde in der vergangenen Woche wieder mehrmals an den Schulgesetzen herumgedokktert und gerüttelt. Die von der liberalen Regierung vor Jahresfrist gutgeheißen und eingeführten Winterhochschulen wurden als unpraktisch bezeichnet und daher wieder abgeschafft. Vorfängestellte, Agenten für Baumaterialgeschäfte, Getreidekäufer für die Elevatoren und Agenten ähnlicher Geschäfte werden von nun an die gleichen Rechte besitzen wie die übrigen Steuerzahler eines Schuldistriktes. Das Unterrichtsdepartement wird eine Abteilung einrichten, die sich mit dem Kauf und Verkauf von Textbüchern sowohl für die Elementarschulen als auch für die Hochschulen befassen wird, so daß künftighin alle Schulbücher durch das Departement zum Kostenpreis mit geringem Zuschlag für die Verwaltungsstellen erhältlich sein werden. Dadurch hofft man den Eltern viel Geld zu ersparen, das sie sonst für die Schulbücher ihrer Kinder ausgeben müßten. Von den Schulvorstehern soll zukünftig verlangt werden, daß sie die Schulakte in der englischen Sprache lesen und schreiben können. Die Schulversammlungen sollen durchweg in englischer Sprache abgehalten werden.

Eine vom Premier und Unterrichtsminister, Herrn Anderson, eingereichte Vorlage, welche beantragte, daß hinfort nur eine einzige Schulbehörde (ein Schulvorstand) die Publikschule und die Hochschulen eines Distriktes verwalten solle, insofern beide sich in ein und demselben Distrikt befinden, wurde am 18. März von Herrn Anderson selbst zurückgezogen, da man, wie er sagte, ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß eine derartige Vorlage mit der Autonomie - Akte in Konflikt kommen würde, welche der Minorität gewisse Rechte gewährt. Wahrscheinlich erklärte der Premierminister, daß die Zeit gekommen sei, in welcher Saskatchewan ein für allemal feststellen solle, ob die Autonomie - Akte konstitutionelle Rechtskraft besitze.

Einen weiteren Gesetzentwurf zog der Premierminister am 19. März wenigstens teilweise zurück. Dieser Entwurf betraf die Errichtung von Separatschulen und enthielt folgende Verfügungen: „Man festzusetzen, ob die Mittel, welche um die Errichtung eines Separatschuldistriktes nachsuchen, wirklich die Minderheit in einem Distrikt bilden, sollen die Steuerzahler, welche weder Protestanten noch römisch-katholisch sind, nicht gezählt werden. Ferner, nachdem der Separatschuldistrikt errichtet worden, könne ein Steuerzahler, der weder Protestant noch katholisch ist, dem Assessor der Munizipalität schriftlich mitteilen, welchen Distrikt er zu unterstützen willens sei, und eine solche Entscheidung würde seine Rechte und Privilegien als Steuerzahler dem Distrikt gegenüber festlegen.“

In diesem Zusammenhange erklärte der Premier, daß der Entwurf angezogen wurde, weil man gefunden habe, daß gewisse Minderheiten in Saskatchewan, wie jene des griechischen orthodoxen Glaubens, unter dem bestehenden Gesetz keinen Schutz und keine Berücksichtigung finden, um eine Separatschule zu bilden. Zur Zeit der Annahme der Autonomie - Akte hätte man nur zwei Sorten von Separatschul-

Grenzen des Publikschuldistriktes. Unter den Abänderungen des Gesetzes von 1881 wurde das Ontario System angenommen, welches das Recht verlieh, Separatschuldistrikte zu organisieren, die entweder einen oder zwei oder mehrere Publikschuldistrikte oder Teile derselben in sich schloßen. Ganz natürlich wurden hierdurch die Möglichkeiten der Separatschulen vermehrt. Im Jahre 1888 wurden durch die Legislative der nordwestlichen Territorien betreffs der Separatschulen wieder wesentliche Änderungen im Gesetz gemacht, indem man die Gesetzgebung wieder auf denselben Stand zurückbrachte, den sie im Jahre 1875 einnahm. Der Schwerpunkt dieser Änderungen lag darin, daß der Schuldistrikt zuerst organisiert werden mußte, und erst dann konnte innerhalb desselben die protestantische oder römisch-katholische Minderheit eine Separatschule errichten. Die

leitende Absicht dabei war, die Publikschule zur Schule der Mehrheit und zur stärksten Schule zu machen, die vorher funktionieren mußte. Diese Absicht wurde durch die Gesetzgebung der Minderheit in einem Separatschuldistrikt beschränkt. Im Jahre 1901 wurde das Schulgesetz abermals konsolidiert, und wiederum behielt es die Rechte der Minderheitsgruppe in einem Schuldistrikt, indem es ihr das Recht einräumte, Separatschulen zu gründen. Zugleich verfügte es, daß die Steuerzahler in einem Separatschuldistrikt für die Separatschule nur nach jeder Steuerart befreit werden konnten, die sie sich selbst auferlegten. Dieses war das Gesetz, als die Provinz errichtet wurde. — Hier zitierte Herr Davis jenen Abschnitt aus der Verfassung (Fortsetzung auf Seite 4)

## Hier und dort

General Primo de Rivera, der frühere Diktator von Spanien, starb am Sonntag, dem 16. März, plötzlich an einem Herzschlag. Er lebte seit sechs Wochen vorher hatte er, nicht oder weniger gezwungen, die Diktatur über Spanien, die er für sechs Jahre, mit kräftiger Hand geführt hatte, niedergelegt und war freiwillig in die Verbannung nach Frankreich gegangen. Sein Tod erregte großes Interesse. Als Rivera im Jahre 1924 die Zügel der Regierung eigenmächtig in die Hand nahm, war Spanien infolge der fortwährenden Parteiwirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht worden und der spanische Thron selbst stand in größter Gefahr. Seine Absicht war, den Thron zu stärken, was ihm bis zu seinem Abtritt auch gelang, und dem Lande, nachdem es durch eine parlamentarische Regierung von den Parasiten der professionellen Politiker gereinigt war, die normale Regierung wiederzugeben. Dadurch machte er sich alle abgeleiteten Politiker, die sich bis dahin sorglos an der Staatskrippe genützt hatten, zu Feinden. Ihrer unaufrichtigen Propaganda gelang es schließlich auch, ihn zum Weichen zu zwingen, bevor er seinen Plan der Wiederherstellung einer geordneten parlamentarischen Regierung zur Ausführung bringen konnte. Er ging nach seinem Sturz freiwillig in die Verbannung, um seinen Lande politische Unruhen zu erparieren. Ob seine Nachfolger den königlichen Thron noch lange werden aufrecht erhalten wollen und können, läßt sich gegenwärtig schwer bestimmen. Die Republik bietet jenen Politikern, die ohne wahre Gegenleistung auf Kosten ihres Landes ein üppiges Leben führen wollen, bessere Aussichten auf Erfolg. Deshalb begünstigen sie ausnahmslos die Revolution und schreden nicht vor der Revolution zurück. — Die Leiche Riveras wurde nach Sevilla übergeführt und gemäß seinem eigenen Wunsch in Gerez, nahe dieser Stadt, beigesetzt.

In den Ver. Staaten wanderte unlängst eine belgische Familie ein, die jene hundertprozentige Amerikaner, welche die Zivilisation einzig für sich in Pacht genommen zu haben glauben, aus ihrem Schlafeschlummer aufgeschreckt haben dürfte. Diese Familie zählt nämlich 23 Mitglieder. Das Bild der herrlichen Familiengruppe, das als Kuriosität in mancher amerikanischen Zeitung veröffentlicht wurde, ist ei-

nes eingehenden Studiums wert. Nicht bloß scheinen alle Kinder, von jungen Männern mit dem Schürbart bis zu dem Säuglinge auf der Mutter Schoß, sich einer blühenden Gesundheit zu erfreuen, auch die beiden Eltern sehen frisch und gesund, ja fast noch jugendlich aus. Dabei strahlt Glück und Zufriedenheit aus allen Gesichtern. Ob das gleiche Elternpaar, wenn sie durch künstliche Geburtenbeschränkung die Zahl ihrer Kinder auf 2 oder 3 gehalten hätten, auch so gesund und glücklich wären? Gewiß nicht. Denn die Natur rächt sich für jede Gewalttätigkeit, die ihr angetan wird. Außerdem — und das fällt noch weit schwerer ins Gewicht: „Die Gottlosen haben keinen Frieden (und deshalb auch kein Glück und keine Zufriedenheit), sagt der Herr“ (Johannes 48. 22).

Am 19. März starb in England Lord Arthur Balfour, einer der größten englischen Staatsmänner, im Alter von 81 Jahren. Als vor ein paar Jahren hatte er für einen Zeitraum von 50 Jahren seinem Lande in verschiedenen wichtigen Ämtern treu gedient. Seine politische Tätigkeit erstreckte sich über die Regierungszeit von drei Herrschern, der Königin Victoria, des Königs Eduard VII. und des gegenwärtig regierenden Königs George V. Balfours letzte Tat war seine aktive Teilnahme an der Washingtoner Abrüstungskonferenz, nach deren Verständigung er in England wie ein Held empfangen wurde. Der Verstorbenen war ein Vertreter der alten englischen Diplomatschule und übte sich in der neuen politischen Welt nicht mehr recht heimlich. Bei seinem Tode führte er bei seinem Bruder ein zurückgezogenes Leben.

Balfour war sein Leben lang Junggeselle. Es geht die Sage, daß, als er im Alter von 27 Jahren stand, seine Braut plötzlich starb, als er eben den Brautring überbringen wollte. Da soll er sich entschlossen haben, ihr bis zu seinem eigenen Tode die Treue zu bewahren. Wenn die Geschichte auf Wahrheit beruht, zeugt sie von einem schönen Zuge in seinem Charakter. Die letzten Jahre haben unter den großen Männern der Welt ganz gewaltig ausgeräumt. Um nur ein paar zu nennen: Koch, Clemenceau, Tsurib, Laik, Wilson, Balfour. Ein Stamm und zitterte die Welt vor ihm. (Fortsetzung auf Seite 5)

## Wie Belgrad mit dem größtenteils katholischen Volk der Kroaten verfährt

Von Generaloberst Stephan Freiherr Sarkotic von Lovcen, vormals Landeschef von Bosnien und Herzegowina (Schönere Zukunft, 2. Februar 1930.)

(Schluß)

Es sollen auch alle Gefangenenvereine, Berufs- und Fachvereine, die gleichartige Ziele verfolgen, vereinigt, d. h. verbündet werden. An Staatsfeiertagen und am Geburtstags des Königs, welche bisher von der kroatischen Bevölkerung nicht zur Kenntnis genommen wurden, mußten von nun an bei Strafe von 14 Tagen Arrest und Geldstrafe bis zu 5000 Dinar alle Häuser mit der Staatsflagge, bei Verbot der nationalen kroatischen Flagge, versehen werden. Am Staatsfeiertag, dem 1. Dezember, dem sogenannten Vereinigungstag, kam es in Agram zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Schießereien und zur Explosion einer Dönnemaschine am Zrimplaz, was möglichst geheimgehalten wurde. Dafür wurde offiziell verlautbart, daß Agram freiwillig gesalgot hätte und daß die Feiertagsfeier „am patriotisch“ verlaufen sei. Eine Verordnung über die „Einheitschritte“ und die Vereinfachung des Stabens wird von der Presse angefochten. Eine „Einheitsreligion“ sei auch notwendig, verkündet die offiziöse „Kroatische Chronik“, das Organ der Diktatur, doch soll vorderhand davon noch nicht gesprochen werden. Mündigen sich da nicht die von mir schon vor vielen Jahren vorausgesagten Gefahren für den Nationalismus in Jugoslawien an?

Zeit Einführung der Diktatur lebt das kroatische Volk „in tenebris et in umbra mortis“. Ein starkes Detektivkorps, Gendarmerie sowie die Zivil- und Militärpolizei üben einen ununterbrochenen Terror aus. Es folgen Verhaftungen auf Verhaftungen, namentlich wird die jugendliche und die Arbeiterjugend nebst den führenden Patrioten verfolgt. Vor den Wohnungen der Führer des Volkes stehen Detektive. Die Unwegsamkeit der Führer

Der deutsche Publizist Dr. Albert Diers, der vor kurzem eine Studienreise durch Jugoslawien machte, schrieb in einem Aufsatz „Jugoslawien im Innern“, unter anderem: „Licht man allerdings die jugendlichen Minister in Belgrad kennen, so ergibt sich die eigenartige Zusammenfassung, daß mit Ausnahme von zwei Ministern sonstige anderen, mit dem König Alexander an der Spitze, der Kremauerer angehören, wobei sich auch der harte und nicht immer gültige Einfluß der Kremauerer in Belgrad erklärt, wobei insbesondere die französische Kremauererei ihre Hand deutlich im Spiele hat. Der Führer dieser Kremauererei ist neben dem König Alexander der Ministerpräsident Pero Zupovic, der Serbiener ist, während außer den bereits erwähnten kroatischen Ministern das Justizministerium ein Bosniak, das Unterrichts- und Kultusministerium ein Serbiener, das Ministerium ohne Portefeuille ebenfalls ein Serbiener, der aber nicht der Kremauererei angehört, und das Forst- und Bergbauministerium ein slowenischer katholischer Geistlicher, der ebenfalls nicht zur Kremauererei zählt, innehaben. Dieser freimaurerische Einfluß des Belgrader Ministeriums äußert sich besonders in kultureller

in dadurch völlig abemut. Dr. Trumbic durfte nicht nach Esseg zum Begräbnis eines intimen Freundes und politischen Führers der kroatischen Journalisten Toni Schlegel. Auf Beraten wurden damals über 400 Unschuldige verhaftet und mißhandelt, weil man unter ihnen den Attentäter vermutete. Jetzt, nach fast einem Jahre erst, soll man angeblich auf Grund der Aussagen der Gelebten, die die Kette mit dem Angeberlohn von 200 000 Dinar ablöste, den wahren Mörder ausfindig gemacht haben. Nicht minder zahlreich waren Verhaftungen von Unschuldigen anlässlich der verdrängten Dönnemaschine, die den König galten. In den letzten zahlreichen Verhaftungen kam es anlässlich der Kämpfe zwischen der Polizei und der nationalistischen Jugend, bei welchen letztere die angehenden Polizisten niederstieß. Die Welt soll man wissen, daß es sich nur um die Verhaftung einer kleinen Gruppe von Frontkämpfern, d. h. Ex-nationalisten und Stämpfern für die Unmöglichkeit handelte, verhaftet aber hinzuzufügen, daß heutzutage — Mitleid ausgenommen — alle Kroaten gleich den Frontkämpfern denken und fühlen. Bei dieser Gelegenheit verstoßte man wieder ehemalige Bürger noch Offiziere und Professoren. Einen alten ehemaligen österreichisch-ungarischen General schleppte man aus seinem 200 Kilometer von Agram entfernten kleinen Pensionatsort dahin, um ihn nach zehntägiger Quarantäne als unbrauchbar zu entlassen. Demselben Schicksal verfiel sein Sohn, ein ehemaliger Ma-

Sicht, wodurch insbesondere die ganze römisch-katholische Bevölkerung von Slowenien, Kroatien und große Teile von Serbien und Bosnien zu leiden haben. Wenn auch die Belgrader Regierung Einsicht genug besitzt, den starken Staatensunterstützen im Lande einzuwirken, so scheint sie sich doch nicht, ihre freimaurerische Machthaberei den Katholiken des Landes zu zeigen. Das zeigt sich besonders in dem neuen Schulgesetz vom 21. August 1929, in dem katholische Belange mit Rücksicht getreten werden. Wir haben hier eine Parallele in dem Kampf um das Schulgesetz in Deutschland. Wie sich die katholische Bevölkerung Deutschlands gegen die liberalen und sozialistischen Einflüsse im deutschen Schulgesetz wehren mußte, so werden sich auch die Katholiken in Jugoslawien gegen die liberalistischen Tendenzen des jugoslawischen Schulgesetzes wehren müssen. Von jugoslawischen Schulgelehrten ist mir mehrfach zu verstehen gegeben worden, daß, wenn Belgrad das Schulgesetz nicht abändere, ein Kulturkampf in Jugoslawien unausweichlich sei. Die zahlreichen katholische Bevölkerung Jugoslawiens rechne dann mit der Unterstützung und dem Beistand aller Katholiken der Welt und nicht zuletzt Deutschlands.“